

Ä7 05 Sozialer Zusammenhalt im Quartier

Antragsteller*in: Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV)

Text

05 Sozialer Zusammenhalt im Quartier

Kinder- und Jugendarbeit

Das Kindeswohl hat, gerade in Hinblick auf vergangene Todesfälle in Hamburg-Mitte, höchste Priorität. Als erste/ eine Konsequenz wurde der Betreuungsschlüssel erhöht.

Wir plädieren dafür, dass die Fallzuständigkeit im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) stärker sozialräumlich organisiert wird. Ferner fordern wir eine regelmäßige Information an die Politik über Personal- und Arbeitssituation aus dem ASD.

Umstrukturierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Es ist auffällig, dass die Nutzung von Jugendhäusern in den vergangenen Jahren rückläufig ist. Das kann verschieden begründet sein, u.a. durch Vereinsaktivitäten und die Ganztagschulen. Die Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) muss verstärkt diverse gesellschaftliche Gruppen ansprechen und für Austausch sorgen, damit sich die Präsenz von Jugendlichen, auch ohne Migrationsgeschichte – hier insbesondere derer, die sich in prekären Lebenslagen befinden –, und Jugendlichen mit Behinderungen in den Einrichtungen deutlich erhöht. Nur so können Integration und Inklusion gelingen. Ebenso muss eine stärkere Vernetzung von Angeboten der OKJA mit Schulen und Sportvereinen im Quartier erfolgen.

Hilfen für Obdachlose

Die meisten Obdachlosen in Hamburg-Mitte leben in der Neustadt, Altstadt, auf St. Pauli und in St. Georg. Laut der letzten Studie a.d.J. 2009 waren es ca. 1.000 Obdachlose, davon 6% Frauen. Im Vergleich dazu hat sich die Zahl der Obdachlosen (neuste Studie 09/2018) auf ca. 2.000 verdoppelt, der Frauenanteil sogar verfünffacht (30%). Rund 600 sind Deutsche, viele kommen aus Ost-Europa, keine geringe Zahl leidet unter Alkoholismus. Wir fordern zu ihrer Unterstützung medizinische und soziale Konzepte von der Politik und den Fachbehörden. Ebenso bedürfen psychisch erkrankte Obdachlose therapeutischer Betreuung, deren Konzeptentwicklung und Umsetzung wir einfordern.

Verbesserung der Kinderärztekinderärztlichen Versorgung

Am 12.06.2017 hat die Grüne Fraktion Hamburg-Mitte erfolgreich im Rauhen Haus eine Veranstaltung zur defizitären Lage der Kinderärzte in Horn durchgeführt. Wir werden weiter den Druck auf den Zulassungsausschuss für Ärzt*innen bei der Kassenärztlichen Vereinigung ausüben, damit zukünftig mehr Haus- und Kinderärzt*innen sowie Spezialist*innen möglichst fußläufig seitens der Patient*innen vornehmlich in Hamburgs Osten erreichbar sind. Aber auch in Hamburgs Süden, in Wilhelmsburg, besteht ein dringender Bedarf an medizinischen Psychotherapeut*innen, deren Niederlassung vor Ort wir fordern.

Unterstützung der Seniorenbeauftragten

Wir fordern Planstellen im Arbeitsbereich der Seniorenbeauftragt*en, die sie bei der Entwicklung von nachhaltigen und generationsübergreifenden Angeboten für Senior*innen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Kultur, Sport, Digitalisierung und Wohnen (Wohnungstausch) unterstützen. Darüber hinaus sind sehr viel mehr und konkrete Angebote und Hilfen für Senior*innen mit Migrationsgeschichte nötig. Wir fordern die Erhöhung der Fördermittel für Seniorentreffs, die – wie Anna's Tagesstätte in Billstedt oder das Veringeck in Wilhelmsburg, das eine Altentagesstätte, eine Demenz-WG mit ambulanter Betreuung und einen Hamam umfängt – beispielhaft für ein gutes gesellschaftliches und soziales Zusammenleben

stehen. So benötigen die Seniorentreffs stärkere hauptamtliche Unterstützungen, da Ehrenamtliche durch Überlastung häufig wegfallen. Bürgerschaftliche Angebote sind bezirkliche Aufgaben und werden nicht ausreichend bedient. Deshalb fordern wir, dass an dem Punkt Scharnierstellen geschaffen werden.

Inklusive Gesellschaft

Die Hamburger Migrations- und Integrationsarbeit ist bundesweit vorbildlich, das ehrenamtliche Engagement reißt nicht ab, auch nach 2017 nicht, wo ein Rückgang der Zuflucht Suchenden zu verzeichnet wurde. Dennoch wird eine intensivere Kommunikation und Kooperation zwischen Fachbehörden und Akteuren benötigt, um Bedarfe zu eruieren und vorhandene Angebote zu optimieren. Hier sollte die Politik stärker eingebunden werden, so bspw. beim Vergabeverfahren von Fördermitteln, denn gerade kleineren, integrativ wirkenden Organisationen, insbesondere Migrant*innenorganisationen, die sich auf ihre inhaltliche Arbeit konzentrieren, fällt das zeitintensive und teils komplexe Antragsverfahren im Rahmen ihres Ehrenamtes äußerst schwer. Dieses sollte vereinfacht oder unterstützend begleitet werden. Um unser Integrationsleitbild mit Leben zu füllen findet jährlich die Verleihung des Bürgerpreises hierzu statt. Außerdem leisten wir wichtige Impulse zur Gestaltung der Integrationskonferenz.

Ein engeres Zusammenspiel von Kitas und Schulen direkt mit Einrichtungen von und für Menschen mit Migrationsgeschichte gewährleistet, dass Angebot und Nachfrage effektiv zusammen kommen.

Eine Art Verbund von integrativen Akteuren ermöglicht es, wie das PARITÄTISCHE Kompetenzzentrum Migration (KomMig) zeigt, bei der Ansprache von Interessierten und Betroffenen, dass Angebote die Zielgruppen bedarfsgezielt erreichen. Dieses sollte ausgebaut und nachhaltig verstetigt werden.

Wir fordern zudem die Stärkung von Initiativen von und für Frauen, denn es hat sich gezeigt, dass Einrichtungen zum Empowerment von Frauen aus diversen Kulturen gesellschaftlich, bildungs- und berufsorientiert eine immens wichtige Rolle spielen.

Wir verfolgen das Ziel der umfassenden Teilhabemöglichkeit von Menschen mit Behinderungen an allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf Bezirksebene wollen wir einen Inklusionsbeirat einrichten, wie es ihn zum Beispiel in Eimsbüttel bereits gibt.

Verstärkte Anstrengungen in Geflüchtetenunterkünften

Wir fordern von den Fachämtern einen transparenten Informationstransfer darüber, welche Maßnahmen inwieweit de facto in Unterkünften für Geflüchtete umgesetzt werden. Zu dieser Art Erfolgsbilanz/ Evaluation gehört ebenso, welche integrativen Angebote erfolgen und in welchem Umfang diese von den Bewohner*innen angenommen werden. Um eine gesellschaftliche Orientierung für neu Zugewanderte unterstützend zu beschleunigen, sollte – gerade im Hamburger Osten – eine Ausweitung von Mentor*innen- und Pat*innenprojekten gestärkt werden.

Stärkung von Bürgerhäusern und Stadtteilkultur

Wir sind sehr froh darüber, dass unter GRÜNER Regierungsbeteiligung die Mittel für Bürgerhäuser, Stadtteilkultureinrichtungen und Geschichtswerkstätten nach vielen Jahren endlich wieder erhöht wurden. Kostensteigerungen durch Tarifierhöhungen und höhere Betriebskosten konnten somit endlich abgefedert werden. Diese Einrichtungen leisten eine wichtige identitätsbildende Arbeit in der Stadtteilen. Diese wollen wir weiterhin unterstützen.

Test

Verbesserung der finanziellen Ausstattung auf kommunaler Ebene

Wir werden uns für eine Neuordnung der Verteilung finanzieller Mittel zwischen Bund, Länder und kommunaler Ebene einsetzen, um die finanzielle Ausstattung der Bezirke zu erhöhen. Dies ist notwendig,

um Projekte zeitnah und quartiersbezogen für die Menschen vor Ort umsetzen zu können. Nur damit können wir den Belangen der Menschen in den Quartieren gerecht werden.

Begründung

Auf Bundesebene ist erkannt worden, dass die finanzielle Ausstattung der kommunalen Ebene für Kitas, Schulen etc. nicht ausreicht. Daher werden vom Bund zahlreiche Mittel auch für Projekte vor Ort zur Verfügung gestellt. Allerdings sind damit diverse Probleme verbunden. Im Regelfall werden die Mittel als Kofinanzierung zur Verfügung gestellt. Projekte scheitern damit daran, dass die kommunale Ebene nicht in der Lage ist die restlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Zudem versucht sich der Bund Einfluss auf die Gestaltung vor Ort zu erkaufen. Zielführender ist es grundsätzlich die finanzielle Ausstattung der Kommunen zu erhöhen. Dafür sollten wir uns einsetzen und diesen Punkt nicht allein der CSU in Bayern überlassen.